



Lindauer Hoybote

Sie haben die Wahl! – Unsere Meinungen und Empfehlungen zur Bundestagswahl

Seite 2 Bundestagswahl: Gute Wahl, trübe Aussichten? Können wir uns CDU/CSU/FDP/SPD noch leisten?

Seite 3 Insel-Verkehr: Aufklärung tut Not Verkehrsbe(un)ruhigte Bereiche

Seite 4 Umwelt: Frischluftschneisen in Gefahr Reutin geht die Luft aus

Inselhalle ■ Ohne Gutachten und Kredit

Inselhalle in der Sackgasse

Ein Blick zurück in die Lindauer Stadtgeschichte macht es deutlich: Die Umsetzung von Ideen braucht weder Gutachter, noch viel Zeit, geschweige denn Kredite. Die neue Spielbank wurde 1950 kurz nach der Beschlussfassung und einer, aus heutiger Sicht, unglaublichen Bauzeit von vier Wochen feierlich eröffnet.

Die erste Nobelpreisträgertagung fand in aller Bescheidenheit statt. Tradition wurde das Treffen durch die Kraft der Idee des damaligen Stadtrats Dr. K.H. Hein und seines Mitstreiters Dr. G. Parade.

Die Möglichkeit der NobelpreisträgerInnen sich kennenzulernen und, dank Graf Bernadotte, mit jungen WissenschaftlerInnen zu diskutieren, hat auch im Internet-Zeitalter nichts von ihrem Reiz verloren. Den damaligen Stadtrat überzeugte Dr. Hein in kürzester Zeit und völlig ohne Gutachten.

Doch anstatt diese Summe positiv aufzunehmen und das Volumen von über zwanzig Doppelhaushälften sinnvoll planerisch umzusetzen, nörgelten ProLindau und das Bauamt.

Abschied vom Machbaren

Im Juli verkaufte Frau Seidl ihr Versagen dann als tollen Verhandlungserfolg. Die wie Kaninchen aus dem Hut gezauberten Zuschüsse vom Freistaat sind ein stinknormales Programm zur Förderung der Tourismuswirtschaft. Die hätte es auch schon vor vier Jahren gegeben. Damals aber wollten Seidl und CSU einen Neubau. Da aber nur für Sanierungen Geld vom Freistaat zu bekommen ist, erfuhr der Stadtrat davon nichts.

Warum nun wurde diese „Zuschuss“-Nachricht nicht einfach mit dem Beschluss vom März kombiniert?



Hier keimt Hoffnung für eine vernünftige Lösung

Fünf Jahre und 50.000 Euro verschwendet

Knapp sechzig Jahre später herrschen deutlich andere Verhältnisse. Es sind fast vier Jahre vergangen seit den ersten Träumen von einem neuen Tagungszentrum am Bahnhof.

Die Oberbürgermeisterin wollte damals in Ihrem Wahlkampf punkten. Die Warnungen der BUNTEN Liste, dass solche unfinanzierbaren Hirngespinnste vor allem den notwendigen Unterhalt und die Verbesserungen der Inselhalle blockieren, wurden von der CSU stets ignoriert. Auch den Hinweis auf den hohen Schuldenstand der Stadt wischten die TagungsträumerInnen mit dem Verweis auf geheimnisvolle Investoren vom Tisch. Der Stadtrat bestellte teure Gutachten, die sich heute als völlig nutzlos erweisen.

Die IHK machte abenteuerliche Vorschläge, die von einer groben Unkenntnis des kommunalen Finanzwesens zeugten. Trotz großer Bemühungen der bürgerlichen Mehrheit im Stadtrat, das Thema aufzublasen, bekam Frau Seidl bei der OB-Wahl 2006 die gelbe Karte. In der Bevölkerung waren stets nur die Sanierungspläne für die Inselhalle mehrheitsfähig.

Kurze Phase der Vernunft

Im März 2009 waren auch die letzten CSU-Stadträte von der Sinnlosigkeit ihrer Neubauträume überzeugt. Die Oberbürgermeisterin wollte die Lindauer MieterInnen über eine Erhöhung der Grundsteuer an einer großen Lösung für die Inselhalle mitzahlen lassen. Auch die SPD hätte da mitgemacht. Die BUNTE LISTE einigte sich mit der CSU auf eine kleinere Lösung mit immerhin 5 Mio. Euro. Dies wäre zwar immer noch ein Kraftakt für die städtischen Finanzen gewesen, schien aber darstellbar.

Dann bräuchten wir von den 5 Mio. Euro nur drei Millionen aus dem gebeutelten städtischen Haushalt zu pressen.

Kein Ort für Realismus

Nun, die Juli-Sitzung war nicht Ort für realistische Betrachtungen. Die Träumer und Fantasten überboten sich. Der CSU-Kollege, dem ein paar Millionen mehr als geplant nicht weh tun, der SPD-Bürgermeister, der sich bei dieser Gelegenheit den Traum von einer ordentlichen Tiefgarage unter der Inselhalle nicht nehmen ließ, oder die Freunde von der Freiwilligen Feuerwehr, die zu recht auf die Notwendigkeit einer kleinen, aber neuen Inselwache hinwiesen. Die Stimmung der vom Zuschussglück Besoffenen störten nur die nüchtern rechnenden BUNTEN.

Wenn die LindauerInnen Glück haben, führen schon die Haushaltsberatungen im November zu einem Sinneswandel. Dann hat diese Juli-Sitzung nur ein halbes Jahr gekostet. Wenn wir Pech haben, legen wir aber noch etliche 10.000,00 Euro Steuergelder für Planungs- und Wettbewerbskosten auf den Altar der Fantasten. Ich weiß nicht, welcher Geist im Stadtrat 1950 herrschte, aber ich bin sicher, dass die Kolleginnen und Kollegen verantwortungsvoller mit dem Geld ihrer Mitbürger umgingen.

Dabei ist dies heute so kostbar wie damals.

ULI KAISER

ALEX KISS ► „Unser Land darf nicht länger von den Erfüllungsgehilfen der Finanz-Spekulanten, Börsen-Zocker und Banken regiert werden! Unser Land braucht eine starke Linke!“

Kommentar

Stadträte verantwortungslos?

„Stillstand ist Rückschritt“ – diese Phrase scheint wie in Beton gegossen in vielen Köpfen konservativer Stadträte der CSU und Freien Bürger. Und „Fortschritt“ heißt Bauen. Daher werden von ihnen, meist unterstützt von den Freien Wählern und der SPD, immer neue Bauprojekte, wie z. B. Bahnstufenverlegung mit Neugestaltung des Berliner Platzes, Kongresszentrum, Bebauung der Hinteren Insel, Bahnunterführungen, Parkhäuser, Hafenkau und -neugestaltung etc., gefordert und, sobald irgendwelche Fördermittel fließen, auch realisiert.

Vernachlässigte Pflichten

In den vergangenen, wirtschaftlich „fetten“ Jahrzehnten führte dieses Verhalten zu einem Schuldenberg der Stadt von rund 40 Millionen Euro, pro Einwohner ca. 1.600 Euro, mehr als das Doppelte des bayerischen Durchschnitts. Vernachlässigt wurden dadurch die laufenden Pflichten, wie Schulbausanierung, Kindergärten, Straßenunterhalt etc. Diese desolante Finanzlage, verschärft durch die miserablen Einkommensaussichten für die kommenden Jahre aufgrund der Wirtschaftskrise, ist in den Köpfen dieser Stadträte noch nicht angekommen. Wenn schon nicht ein neues Kongresszentrum am Bahnhof, dann muss ein „zeitgemäßer und repräsentativer“ Um- und Erweiterungsbau der bestehenden Inselhalle her, „was Gscheits“ halt. Ein Ruck ging durch den Stadtrat in der Sitzung am 21. Juli 2009, als die Oberbürgermeisterin mit Stadtbauamt und ProLindau die neuen Pläne und die „mögliche Finanzierung“ vorstellten. Gut doppelt so groß soll die „Neue“ werden und mit ca. 14 Mio. Euro Kosten rechnet man zunächst. 40 % an Zuschüssen sollen von der Regierung von Schwaben kommen. Rechnet man dann noch die Mehrwertsteuer weg, verbleiben noch ca. 7 Mio. Euro bei der Stadt. Finanziert werden sollen die mit Grundstücksverkäufen an der Autobahn und dem Oberen Rothmoos (ca. 4 Mio. Euro) und neuen Krediten (gut 3 Mio. Euro). Wenn jetzt alle mit anpacken, so die mehrheitliche Stimmungslage im Lindauer Stadtrat, geht das Ganze bis 2014 über die Bühne.

Eine neue „Leichtigkeit des Seins“?

Doch in den 7 Mio. Euro sind noch keine Kosten enthalten für Altlasten und Entsorgung, zusätzliche Gründungsarbeiten für neue Fundamente, ein neues Feuerwehrgebäude und ein neues Parkdeck über dem Inselhallenparkplatz, denn das ist für viele Räte der CSU, Freien Wähler, Freien Bürger und SPD dann auch unverzichtbar. Nachdem die Regierung von Schwaben der Stadt eine Förderung in Aussicht stellte, war eine vordem beschlossene Beschränkung auf 5 Mio. Euro plötzlich Schnee von gestern. Im Finanzausschuss und im Stadtrat waren die Bedenken vergessen und die Kassen wieder offen.

Zum Beispiel hält Stadtrat Stefan Rössler (CSU) diese Kostensteigerungen – laut Lindauer Zeitung vom 16. Juli 2009 – für nicht so schlimm: „Wenn es dann 20 Mio. werden, und wir bleiben auf 10 Mio. hängen, dann kann ich auch damit leben“. Diese Leichtigkeit des Seins und das Verschließen der Augen vor den Fakten sowie den Risiken und Folgen für spätere Generationen ist unverantwortlich.

Sind Lindaus Stadträte ihrer Verantwortung eigentlich noch gewachsen?

LOTHAR HÖFLER

Bundestagswahl ■ Gute Wahl oder trübe Aussichten?

Können wir uns CDU/CSU/FDP/SPD noch leisten?

Ein Sprichwort sagt: „Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber.“ – Wird das Sprichwort nach der Bundestagswahl am 27.9. auf uns zutreffen?

Glaukt man den Wahlprognosen, werden CDU/CSU und FDP die Wahlen gewinnen. Ausgerechnet die Parteien, die in den vergangenen Jahrzehnten den ungehemmten Neoliberalismus zur herrschenden Ideologie in Deutschland gemacht haben. Diese Ideologie trägt Schuld an der größten Finanz-, Wirtschafts- und mittlerweile Strukturkrise nach dem 2. Weltkrieg. CDU/CSU, FDP und zuletzt auch „ROT-GRÜN“ haben Politik zu lange nach dem wirtschaftsliberalen Glaubensgrundsatz betrieben: „Geht es den Reichen gut und erhält (bzw. befördert) man deren Reichtum, profitieren auch die Armen.“ Und: „Der Staat ist ein schlechter Unternehmer, die Privatwirtschaft kann alles besser“.

LOTHAR HÖFLER ► „Ich wähle „Die Linke“, weil sie den Raubtierkapitalismus der letzten Jahre und die dadurch entstandene exorbitante Staatsverschuldung nicht verursacht haben.“

Position zu	CDU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE
Atomkraft	–	+	–	+	+
Kohlekraft	–	–	–	+	+
Gentechnik	–	+	–	+	+

+ im Sinne des Umweltschutzes

– nicht im Sinne des Umweltschutzes

Wahlprogramme und Umweltschutz. Quelle: www.bund.de

In den Wahlprogrammen von CDU/CSU und FDP lässt sich nachlesen, wie das funktioniert: Investitionsklima verbessern = wirtschaftsfremde Hemmnisse abbauen; Staatsbürokratie abbauen = Kompetenz abgeben; Privatisierung einschließlich der öffentlichen Daseinsfürsorge, wie Massenverkehr/Bahn, Wasser, Energie, Gesundheit, Altersvorsorge etc.; Deregulierung = hinderliche Vorschriften, Gesetze und Kontrollen abbauen; Reform des Tarifrechts = Arbeitnehmerrechte und Löhne abbauen; Steuern senken im Wettlauf mit anderen Ländern um Standortvorteile usw. Ob dieser Grundsatz stimmt und was er uns Bürgern und Bürgerinnen bisher gebracht hat, können wir leicht nachprüfen.

1947, nach Analyse der Ursachen des 2. Weltkriegs, versuchten die Gründerväter und -mütter der neuen CDU mit ihrem „Ahlener Programm“ einen Neuanfang auf Basis christlicher Soziallehre und Ethik.

Eingangssätze des „Ahlener Programms“:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist dem staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Inhalt und Ziel (der) sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“

Sozialpolitik ■ Vom Generationenvertrag zum „Generationenbetrug“

Schutz oder Zerstörung der Familie?

Erst wird der Familie die Sau vom Hof getrieben. Anschließend werden – nach Antragstellung – zwei Schnitzel als „Familienförderung“ zurückgeliefert.

Die Analyse von Dr. Johannes Resch (ÖDP) in einem Vortrag am 8. Juli zeigte, wie aus dem sogenannten Generationenvertrag ein „Generationenbetrug“ wurde. Das vorgestellte neue Konzept bietet mehr Leistungsgerechtigkeit und Nachhaltigkeit im Sozialsystem. Der Sozialwissenschaftler Wilfried Schreiber verwendete 1954 in seinem „Vorschlag zur Sozialreform“ den Begriff „Generationenvertrag“. Es war ein Drei-Generationen-Vertrag, bei dem alle Arbeitsfähigen für Kinder und Alte sorgen sollten.

Aus 3 mach 2!

Die unter Adenauer 1957 eingeführte Rentenreform verfälschte den Vorschlag von Schreiber zu einem Zwei-Generationen-Vertrag ohne Berücksichtigung der Kinder. Die Kinderlosen zahlen nur noch für ihre Rente ein, leisten jedoch keinen Beitrag für Erziehung und Unterhalt der Kinder. Eltern mit Kindern leisten ohne Rentenanspruch Kindererziehung, zeitweise muss ein Elternteil

Das Programm forderte weiter „die teilweise Vergesellschaftung der Großindustrien und starke Mitbestimmungsrechte für die Beschäftigten“. Dem wäre heute, nach gut 60 Jahren, nichts hinzuzufügen.

Eine Politik auf dieser Basis hätte uns einige Krisen der letzten Jahre und die heutige Handlungsunfähigkeit des Staates erspart. Ohne sich je offiziell von dem Programm distanziert zu haben, sorgten die wieder erstarkten alten konservativen Wirtschafts- und Finanzpolitiker bald für eine wirtschaftsliberale Ausrichtung der CDU. Der langjährige Koalitionspartner FDP stand hilfreich zur Seite.

Spätestens mit dem Zusammenbruch des Sowjet-Kommunismus und dem Siegeszug angloamerikanischer Wirtschafts- und Finanzideologie waren der Gier eines Raubtierkapitalismus Tür und Tor geöffnet. Finanzmärkte-, Devisen- und Handelsbeschränkungen wurden aufgehoben, Kontrollen minimiert und Unternehmenssteuern radikal gesenkt. Die Folgen: Börsen-, Spekulations-, Kapital-, Vermögens- und Unternehmensgewinne werden rund um den Globus transferiert und der Besteuerung entzogen. Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer, die Staaten ohnmächtiger. Wie im Ahlener Programm der Ur-CDU prognostiziert, ist die seit 2007 währende weltweit Finanz-, Wirtschafts- und Strukturkrise nur das zwangsläufige Ergebnis dieser Politik. Die Bankenrettungs-, Stützungs- und Sicherungsprogramme von annähernd 600 Mrd. Euro und die Investitionsprogramme der Bundesregierung mit über 20 Mrd. Euro sind verzweifelte Versuche, den Zusammenbruch dieses kapitalistischen Systems zu bremsen. Doch einbrechende Steuereinnahmen, explodierende Arbeitslosenzahlen und Sozialkosten und die exorbitante Staatsverschuldung machen wenig Hoffnung.

Zur Zeit wachsen die gesamtstaatlichen Schulden in der Bundesrepublik pro Sekunde um ca. 4.500 Euro. Ende 2009 werden sie bei ca. 1,7 Billionen (1.700.000.000.000) Euro stehen. Auf jedem von uns lasten dann ca. 21.000 Euro. 42.500.000.000 Euro jährlich, das sind 15% des Bundeshaushalts, fressen die Zinsen bereits auf. Wer soll das je bezahlen?

Die Wirtschafts- und Finanzexperten üben sich derweil im Kaffeesatzlesen. Jede Woche neue Prognosen ohne jegliche Verbindlichkeit. Wichtig ist, dass in der Zeit bis zu den Bundestagswahlen nichts für die Parteien Nacheiliges in die Öffentlichkeit kommt. CDU/CSU/FDP versprechen uns eine Steuersenkung, SPD und Die Grünen Arbeitsplätze im Bereich „Ökologie“. Das alles klingt wie lautes Pfeifen im dunklen Wald. Bleibt wohl nur, die zu wählen, die den geringsten Schaden anrichten können, statt denen die Stimme zu geben, die den Karren bereits in den Dreck gefahren haben.

LOTHAR HÖFLER

Chemie ■ „roundup, crackdown“

Verbraucherschutz ade

Ist Ihnen beim Spaziergang durch die Lindauer Obstplantagen aufgefallen, dass Gras und Kräuter im Bodenbereich der Stämme – bei üppig grünender Umgebung – flächenweise seltsam verwelkt bzw. verbrannt aussehen? Mit großer Wahrscheinlichkeit haben Sie es hier mit Auswirkungen von „Roundup“ zu tun, dem Weltmarktführer unter den Unkrautvernichtungsmitteln. Fragen Sie den Obstbauern „Ihres Vertrauens“, er kann Ihnen das verwendete Mittel genau bezeichnen. Der im Roundup der US-Firma Monsanto enthaltene Wirkstoff „Glyphosat“ ist jüngst ins Gerede gekommen, nicht zuletzt durch einen Beitrag in der ARD-Kontraste-Sendung vom 09.07.2009.

In Argentinien stellte Prof. Andrés Carrasco, der führende Embryologe des Landes, der für die argentinische Armee arbeitet, das Institut für molekulare Embryologie der Universität von Buenos Aires leitet und zudem Präsident des argentinischen Nationalrats für wissenschaftliche und technische Forschung (CONICET) war, fest, dass Glyphosat Embryonen schädigt. Verkleinerte Köpfe, genetische Zell-Veränderungen im zentralen Nervensystem und deformierte Knochen und Knorpel seien bei seinen Versuchen mit Amphibien regelmäßige und systematische Folgen von Glyphosat. Man könne mit Sicherheit annehmen, dass ähnliche Effekte auch bei Menschen auftraten. Die Schädlichkeitsschwelle bewegt sich im Milligrammbereich.

Prof. Gilles-Eric Seralini, Molekularbiologe an der Universität Caen in der Normandie, veröffentlichte Anfang des Jahres eine Studie, in der geringe Mengen von Roundup zum Absterben menschlicher Zellkulturen führten. Seralini kommt zu dem Schluss, dass diese Mischung bereits in Dosen, wie sie typischerweise als Rückstand in mit Roundup behandelten Gentechnikpflanzen zu erwarten sind, zu Zellschädigungen führt:

„Wenn man Roundup 100.000-fach verdünnt aufbringt, also eine geringe Dosis, dann wird in den Zellen ein Prozess in Gang gesetzt, der zu einem Selbstmord der Zellen führt. Es handelt sich hierbei um menschliche Zellen von Embryonen. Was bedeutet das für den Menschen? Das könnte der Beginn chronischer Krankheiten sein wie Krebs, Nervenkrankheiten und Fortpflanzungsstörungen.“

Prof. Gilbert Schönfelder, Humantoxikologe, Universität Würzburg kommentiert Seralinis Studie: „Aus wissenschaftlicher Sicht, als Naturwissenschaftler, als Mediziner kann ich nur sagen, sind die Daten so profund, dass ich sie ernst nehme und darauf drängen würde, dass sie wiederholt werden oder untermauert werden oder widerlegt werden.“

Die Ausschuss-Vorsitzende für Verbraucherschutz im Bundestag fordert jetzt für Roundup und alle Glyphosathaltigen Herbizide ein sofortiges Verbot – bis zur weiteren Klärung. Die für die Zulassung verantwortliche Ministerin für Verbraucherschutz, Ilse Aigner (CSU), gibt zu, dass es bei Roundup und ähnlichen Herbiziden sehr wohl Probleme gibt. Die zugelassenen Glyphosat-haltigen Herbizide bleiben trotzdem im Handel. Ein Skandal!

UDO SÜRER

- Bedingungsloses Grundeinkommen für Kinder. Neben der sozialpolitischen Bedeutung hat dies weitere Vorteile: Kindergeld und -freibeträge, Sozialgeld nach Alg II, Kinderzuschläge können entfallen.
- Alle zahlen zusätzlich in eine Kapitalrente ein (während der Kindererziehung reduzierte Beiträge).

XAVER FICHTL ► „Ich wähle die ÖDP, weil ich lieber eine Partei mit meinen Zielen wähle als eine Partei, die sicher in den Bundestag kommt, aber mich sicher nicht vertritt.“

Vorteile des Konzepts

Eltern und Kinderlose haben im Erwerbs- und im Rentenalter ähnlichen Lebensstandard, die Jugend- und Alterssicherung ist gerecht verteilt, der Systemfehler behoben, Familien sind nicht mehr benachteiligt, Erziehungsarbeit wird sachgerecht bewertet und rentenrelevant entlohnt, der kapitalgesicherte Anteil macht das System sicherer.

XAVER FICHTL

Hintere Insel ■ „Entwickeln“ heißt nicht „Bebauen“

Paradies in Gefahr!

Ein guter Bekannter stiehlt meinen teuren Lieblings-Sakko. Unlustig. Darauf angesprochen, sagt er mir, wenn ich was bezahlen würde, bekäme ich von ihm eine Strickjoppe. Jeder vernünftige Mensch würde sagen: „So ein Blödsinn“. Stimmt! Vergleichbares läuft – in anderem Maßstab – gerade zwischen Stadt und Deutscher Bahn. Letztere nimmt uns einen wunderbar funktionierenden Inselbahnhof, einen Taktknoten, wie wir ihn lieben. Sie plant einen Bahnhof in Reutin, und um wenigstens einen Inselhalt zu bekommen, soll die Stadt Lindau auch noch etwas drauflegen. Dieser Blödsinn wird uns seit Monaten von der unseligen bürgerlichen Mehrheit im Stadtrat und einer unsäglich unkritischen Lokalpresse als „Erfolg“ verkauft. Gleichzeitig wird einer staunenden Öffentlichkeit suggeriert, die Hintere Insel müsse „nun endlich“ „entwickelt“

werden. In Wirklichkeit geht es um eine massive Überplanung des letzten Refugiums der Lindauer Inselbewohner („Balkon und Terrasse der Lindauer“; LZ vom 15. August '09) unter dem Vorwand, die Bahn müsse wissen, was sie dereinst nach ihrem Umzug nach Reutin aus den frei werdenden Grundstücken Erlösen könne.

Entwickeln soll heißen: Bebauen!

In den Köpfen der Beton-Fraktion ist klar: Hier kann Reich gemacht werden! Wenn schon nicht die Tagungshalle, dann wenigstens ein paar schöne „Stadtvillen“ vielleicht nach dem Muster der Rhomberg-Bebauung im alten Realschul-Areal am Yachthafen, der Quadratmeter Wohnfläche für schlappe 6000 Euro. Oder nach dem Vorbild der Wund-Wohnwurst auf der Hinteren Insel. Hier gehen die Bewohner massiv gegen den „Lärm“ auf – wohlgermerkt – öffentlichen Flächen vor, mal sind's die Kinder der Freien Schule beim Kicken, mal stört das Klacken der Boule-Kugeln. Schöne Aussichten!

Insel-Verkehr ■ Aufklärung tut Not

Verkehrsbe(un)ruhigte Bereiche

An allen Zufahrten zum Inselkern, z.B. Alter Schulplatz, Paradiesplatz, Oberer Schranenplatz etc., stehen diese Verkehrszeichen:



Das Verkehrszeichen 325 „Verkehrsberuhigter Bereich“

Was sieht die Straßenverkehrsordnung vor?

- Fußgänger dürfen ...
... die Straße in der ganzen Breite benutzen,
... den Fahrzeugverkehr nicht unnötig behindern.
... weder gefährdet noch behindert werden.
- Kinderspiele sind überall erlaubt.
- Der Fahrzeugverkehr muss Schrittgeschwindigkeit (4-7 km/h!) einhalten, falls nötig anhalten und warten.
- Parken ist nur auf den markierten Flächen erlaubt.

Grundsätzlich sind keine weiteren Verkehrsregelungen, von Sperrzeiten abgesehen, notwendig. Da es keine Trennung der Verkehrsbereiche gibt, ist die besondere Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer untereinander erforderlich. Selbstverständlich sollte der stärkere und potentiell gefährlichere Fahrzeugverkehr besondere Rücksicht auf die schwächeren und gefährdeten Radfahrer, Fußgänger, Alten, Kinder etc. nehmen. Zuständig für die Einrichtung und Überwachung ist die örtliche Straßenverkehrsbehörde.



Ein Platz in der ersten Reihe für uns Lindauer – so soll's bleiben!

Pesch gehabt. Ganz nebenbei lässt die Stadt Lindau derzeit von Professor Pesch einen städtebaulichen Rahmenplan erstellen, der die Bebauungsmöglichkeiten auf den Bahnflächen und auf der Hintere Insel zum Inhalt hat. Und ganz nebenbei drängt sich der Verdacht auf, dass sich hier die Stadt Lindau eine „Cash-Cow“ heranziehen will, um die völlig überzogene Renovierung der Inselhalle und andere unbezahlbare Versprechungen (Feuerwehr-Verlegung, Unterführung ...) durch den Verkauf teurer Grundstücke annähernd realisieren zu können. Und das alles auf Kosten erholungssuchender Lindauer, deren kleines Paradies 'Hintere Insel' vermutlich aus „Sachzwängen“ versilbert werden soll.

Die BUNTE LISTE sagt „Nein!“

Nein zu den kostspieligen „Sachzwängen“, Nein zur Überplanung, sprich: massiven Überbauung der Hintere Insel. Wir sagen „Ja!“ zu einer Ausweisung und Entwicklung der Hintere Insel zu Grün- und Erholungsflächen, einem Ankauf der (de-kontaminierten) DB-Flächen zum Grünlandpreis. Wir sagen aber auch klipp und klar „Auf geht's!“ zu einem Bürgerbegehren, wenn die sogenannte „Entwicklung“ so weitergeht, wie bisher.

KARLHEINZ BROMBEIS

MAX STRAUSS ► „Ich gebe keine Empfehlung ab, da meine WählerInnen clever genug sind, die richtige Partei zu wählen!“

Und wie sieht (leider) die Praxis aus?

- Einfahrts-, Anlieferzeiten- und Parkbeschränkungen werden häufig missachtet.
- Fahrzeuge halten sich kaum an die Schrittgeschwindigkeit, die Regel sind 20 bis 60 km/h, das 3- bis 10-fache des Erlaubten!
- „Langsamfahrer“ werden von folgenden Fahrzeugen durch Auffahren bedrängt, angehupt usw.
- Fußgänger werden durch Gasgeben und Hupen erschreckt oder gar touchiert, damit sie Platz machen. Beschimpfungen und (falsche) Belehrungen aus dem Auto sind nicht selten. Rücksichtnahme z.B. an Pflüzen bei Nässe ist selten.
- Schau-Rundfahren mit dröhnenden Auspuffen und Bässen nerven Anlieger und Besucher – vom Trend zu wild hupenden Autokorsi ganz zu schweigen.

Was sind die Gründe für diese Missstände?

Die Verkehrsteilnehmer – selbst Anwohner – kennen oft die geltenden Regeln für den „Verkehrsberuhigten Bereich“ nicht (mehr). Während der „ruhende Verkehr“ – sprich: die Parkordnung – regelmäßig kontrolliert wird, Vergehen geahndet und Radfahrer gern kritisiert werden, überlässt man den „rollenden“ Verkehr sich selbst.

Was kann Abhilfe schaffen?

- Die Stadtverwaltung muss ihre Pflicht, die Straßenverkehrsordnung konsequent durchzusetzen, erfüllen.
- Die Insel-Bewohner und -Besucher, vor allem die Fahrverkehrsteilnehmer, mit Bannern, Anzeigen, Schrifttafeln, Handzetteln etc., aufklären.
 - Geschwindigkeitsmessungen/-kontrollen mit Leuchtanzeigen, stationären/mobilen Radarkontrollen und die konsequente Ahndung von Regelverstößen
 - Bau von Zwangsmaßnahmen (Schwellen, Teller etc.) zur Geschwindigkeitsreduzierung
- Mit diesen Maßnahmen wäre Lindau fast schon eine menschenfreundliche „slow city“.

LOTHAR HÖFLER

Musikschule ■ Grenzen des Ehrenamts

Sandkastendemokratie

Vor drei Jahren ließ ich mich in den Musikschulbeirat wählen und wurde gleichzeitig in den Verwaltungsrat gewählt. Damals war teilweise große Unzufriedenheit mit der Musikschulleitung zu spüren. Konkrete Kritik blieb allerdings auf wenige Einzelfälle beschränkt. Der Musikschulbeirat war bis dahin nicht in Erscheinung getreten und schien dies plötzlich ändern zu wollen. Wir wollten die Kritik von Eltern erfassen, bündeln und sichten, um eventuell bei Problemlösungen mitzuhelfen.



Frostige Stimmung in der Musikschule

Ein Beirat im Dornröschenschlaf

Hierbei stellen wir allerdings überrascht fest, dass in der Satzung der Musikschule e.V. der Musikschulbeirat nicht als Interessenvertretung der Nutzerinnen und Nutzer ausgestaltet ist, sondern als ein Gremium, an dem Schüler-/Elternvertreter, Betriebsratsvertreter und die Musikschulleitung selbst beteiligt sind. Es war also gar nicht möglich, etwa Eltern anzuhören, die der Musikschulleitung nicht namentlich bekannt werden wollten, weil die Musikschulleitung natürlich bei jeder Sitzung mit dabei sein wollte. Der angesichts der allgemeinen Verärgerung über diesen Zustand zunächst Erfolg versprechende Antrag, eine Satzungsänderung in Gang zu setzen mit dem Ziel, den Musikschulbeirat zu einer eigenständigen Vertretung der Schülerinnen und Eltern zu machen, fand im entscheidenden Moment keine Mehrheiten.

Der Musikschulbeirat fiel darauf in seinen bis heute ungestörten Dornröschenschlaf zurück. Auch der Verwaltungsrat hört sich nur einmal jährlich den Bericht der Leitung inklusive allseitiger Dankesrituale an und segnet den von der Stadtverwaltung vorbereiteten Haushaltsplan ab. Auch wenn man annehmen darf, dass alles mit rechten Dingen zugeht, ist es doch unmöglich, das Zahlenwerk, an dessen Erarbeitung man nicht beteiligt war, im Einzelnen nachzuvollziehen und guten Gewissens die Verantwortung dafür zu übernehmen. Dies wird aber vom Verwaltungsrat erwartet, denn er beschließt den Haushalt.

Fragen stellen: „Ja.“ – Mitwirkung „Nein!“

Fragen dürfen gestellt werden. Anträge, an Stelle von regelmäßigen linearen Schulgelderhöhungen ein sozial gestaffeltes Benutzungsentgelt einzuführen, etwa um – ein absolutes Muss im Rahmen sozialer Bildungschancengleichheit – auch armen Kindern Musikunterricht zu ermöglichen, werden von der Musikschulvorsitzenden OB Seidl mit der Forderung gekontert, man möge hierfür doch selbst konkrete Vorschläge machen, die dann auf ihre Realisierbarkeit zu prüfen wären. Die hierfür kompetente Verwaltung mit der Erarbeitung derartiger Vorschläge zu beauftragen, wird nicht erwogen. Die dem „Ehrenamt“ innewohnende Ehre rechtfertigt sich meiner Auffassung nach nur, wenn ein Minimum an Wirkung erzielt werden kann. Nachdem das in diesen Gremien unerreichbar erscheint, habe ich darauf verzichtet, mich zur Wiederwahl zu stellen.

Musikschule als Regiebetrieb!

Meines Erachtens wäre diese Musikschule mit einem Status als Regiebetrieb unter ausschließlicher Kontrolle und Verantwortung der Verwaltung besser bedient.

UDO SÜRER

Musik und Gesellschaft ■ Schüler hören genau hin!

„Rechte Musik“ – was ist das?

Schüler am BoGy haben sich genauer mit „rechter Musik“ befasst. Aus einem Referat bringen wir hier Auszüge.

Die rechte Musikszene ist keine Randerscheinung. Bundesweit gibt es ca. 100 „Faschobands“, deren Musik oft unter der Hand weitergereicht und vor allem über den Versandhandel an interessiertes Klientel vertrieben wird. Momentan weitet sich das Spektrum der rechten Musik aus, wodurch neues Terrain gewonnen wird. Derzeitige rechte Musiker beziehen sich oft auf nicht-rechte Bands und Gruppen. Die Musik gilt als Einstiegsdroge für Jugendliche in die rechte Szene. Auch die NPD nutzt die Musik, um Jugendliche zu erreichen. Grund genug, sich einige Erkennungsmerkmale und Fakten wieder ins Gedächtnis zu rufen.

Die Wurzeln liegen im jamaikanischen Ska, was heutzutage kaum jemand aus der Szene weiß. Der Ska zeichnet sich durch schnelle, laute Rhythmen ab 120 phon aufwärts aus.

In den Songs wird der Nationalsozialismus verherrlicht und gegen Ausländer gehetzt, werden Wörter wie „Nigger“ und „fremdes Pack“ in eindeutig abwertender und ausgrenzender Weise gebraucht.

Zentrales Thema ist der Rassismus in den schlimmsten Varianten, sogar Formulierungen wie „Türken abstechen“ und „Nigger verbrennen“ sind verbreitet. Ein weiteres Element ist die antisemitische Grundstimmung, d.h. dass in manchen Liedern zur Gewalt gegen „Juden“ aufgerufen wird. Oft werden indizierte Lieder nur noch vom Publikum gesungen und nicht von der Band selbst, was eine strafrechtliche Verfolgung nahezu unmöglich macht. Viele Musiker vermeiden neuerdings eindeutige NS-Bezüge, die verboten sind, um nicht in den Konflikt mit der Polizei oder Staatsanwaltschaft zu geraten.

Eine effektive „Geldmaschine“ ist der rechtsradikale Rock sowieso: Schon in den 90-ern produzierten Neonazi-Bands mehr als 500 CDs mit Auflagen bis zu 15.000 Stück. Eine einschlägig bekannte schwedische Zeitschrift bietet über 135 verschiedene CDs zum Kauf an. Die Gewinne dieses lukrativen Markts bleiben zu einem Großteil in der Szene und dienen der Finanzierung politischer Aktivitäten.

Auch das Internet nutzen Neonazis zunehmend. Rechte Musiker vermarkten sich z. B. auch auf Musikplattformen, wie der Liedermacher Frank Rennicke. Über das Internet können Neonazis juristische Grenzen umgehen, z. B. die Indizierung jugendgefährdender Schriften. Was indiziert wird, entscheidet die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften“. Experten halten diese Stelle jedoch für überflüssig und ihre Arbeit für kontraproduktiv.

Die Stilrichtungen sind vielfältig, dazu gehören z. B. der „Black Metal“ (aggressiver Heavy Metal mit stark antichristlicher und satanistischer Ausrichtung), aber auch „Gabber“ (schneller, harter Techno), sowie „Neofolk“ (eher ruhiger, melancholischer Folk), dessen Szene als unpolitisch gilt, aber auch Rechtsextreme anzieht. Die Bands tragen Namen wie „Skrewdriver“, „Sturmtrupp“, „Stahlgewitter“ oder „Landser“:

Urteile: Ab 1992 zunächst unter dem Namen „Endlöser“ bekannt, ließen sich „Landser“ nach vielen Auftrittsverboten, Indizierungen von Tonträgern etc. nur noch selten in der Öffentlichkeit blicken. Auf den wenigen öffentlichen Konzerten traten sie maskiert auf, wesentlich mehr Konzerte fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. 2001 wurde wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen die Band ermittelt, vier Mitglieder wurden verhaftet. 2003 wurden die vier zu Haft- und Geldstrafen verurteilt. Aufgrund der Aussagen verfeindeten sich die Bandmitglieder, die Band löste sich auf. Im März 2005 wurde die Haftstrafe gegen das Bandmitglied M. Regerer vom Bundesgerichtshof bestätigt. Es ist das erste Mal, dass eine Musikgruppe als kriminelle Vereinigung rechtskräftig verurteilt wurde.

[Quelle: Wikipedia u.a.]

KATHARINA HEYM, ALJOSCHA KISS

Umwelt ■ Frischluftschneisen in Gefahr

Reutin geht die Luft aus

Für das Stadtklima und die Kühlung der Stadtzentren sind sowohl unbebaute Flächen (die Lüftungsbahnen), auf denen bodennahe, kühlere Luft nachts in die Zentren einströmen kann, als auch Freiflächen im Stadtgebiet, in denen sich kühle Luft bildet, von großer Bedeutung.

Beim Bau von Gebäuden und Straßen wird die isolierende und kühlende Pflanzenschicht durch stark wärmespeichernde Stoffe (Stein, Beton, Asphalt) ersetzt. Dies führt in dicht bebauten Gebieten besonders im Sommer bei windarmen Hochdruck-Wetterlagen zur Erwärmung der großen wärmespeichernden Baumassen. Gegenüber mit Pflanzen bewachsenen Flächen kann dies zu einer um mehrere Grad (3–4 °C) höheren Lufttemperatur. Folgen sind im Sommer eine sinkende Lebensqualität, ja sogar die Zunahme der Sterblichkeit vor allem älterer Menschen. Mit dem Anstieg der Temperaturen, die für das östliche Bodenseegebiet in

den Sommermonaten mit etwa 6 °C und Höchstwerten bis über 40 °C vorhergesagt werden, kommt der Kühlung der Innenstädte eine zunehmende

Bedeutung zu. Mit großräumigen Winden werden auch die durch den Klimawandel steigenden Wärmemengen gut abgeführt – bei stabilem, windarmem Hochdruck-Wetter, etwa im Sommer, entfällt dieser Effekt jedoch. Die einzige Möglichkeit zur Kühlung bebauter Flächen bildet dann nur noch der Luftaustausch durch thermische Windsysteme. Tagsüber geschieht dies durch kühlere Umgebungsluft, die in die erwärmten Zonen gesaugt wird. Hierbei steigt die wärmere Luft über bebauten Gebieten auf („Thermik“) und erzeugt einen leichten Unterdruck, der bodennahe, kühlere Luft aus mit Pflanzen bewachsenen Flächen ansaugt. Nachts kann eine Kühlung nur zustande kommen, wenn von besser isolierten, schneller abkühlenden, mit Pflanzen bewachsenen Flächen kühlere Luft in tiefer liegende, bebaute Flächen strömt. In tief liegenden, bewachsenen Flächen bilden sich Kaltluftseen aus, die zur Kühlung ebenfalls tief liegender, bebauter Flächen beitragen.

Die wichtigsten Lüftungsbahnen in Lindau

In einem Gutachten von 2004 im Auftrag der Stadt Lindau lassen sich grob fünf Haupt-Lüftungsbahnen erkennen, die als Zungen weit in das dicht bebaute Stadtgebiet hineinreichen und im Gutachten als hochsensibel gegenüber „Nutzungsänderungen“, d. h. Bebauung, eingestuft wurden: Je eine Bahn ...

- im Westen, nördlich beginnend, über Schönau, Hochbuch bis Schöngarten und Wiesental, für Aeschach (West) und Schachen,
- im Nordwesten von Oberengersweiler über Heimesreutin entlang der Ach bis zum Schulzentrum, für Aeschach (Ost) und Reutin (West),
- im Norden vom Schönbühl über das Obere Rothmoos, für Reutin (Mitte West),
- im Nordosten von Streitelsfingen über die Steigwiese, für Reutin (Mitte Ost),
- im Osten von Bösenreutin über den Kapf, für Reutin (Ost).

Hinzu kommen Temperatur-Ausgleichsflächen mit ebenfalls hoher Sensibilität gegenüber Bebauung: Hoyren nördlich der Schönauerstraße; Schöngarten nördlich der Schöngartenstraße; die Fläche zwischen Achstraße und Kemptener Straße sowie das Heuried und zwei Streifen vom Autobahnanschluss östlich von Kläranlage und Metzeler in Richtung See sowie entlang der Leiblach.

Berücksichtigung im Flächennutzungsplan

Diese für die Belüftung und Kühlung der Stadt wichtigen Flächen müssen bei der Aufstellung des neuen Flächennutzungsplans unbedingt berücksichtigt werden. Die für Aeschach (West) wichtigen Lüftungsbahnen wurden weitestgehend freigehalten, obgleich sie durch vielfältige Bürgerwünsche nach Aufnahme ihrer Flächen als Bauerwartungsland in den neuen Flächennutzungsplan erheblich beeinträchtigt worden wären. Nachdem der Stadtrat aufgrund des drohenden Totalverlusts alle Flächen abgelehnt hat, bleibt auch die Steigwiese für die Kühlung von Reutin (Mitte Ost) sehr wahrscheinlich erhalten. Mit der im Nordwesten des Oberen Rothmoos bereits begonnenen und durch Mehrheitsbeschluss im

Stadtrat aktuell vorgesehenen, kompletten Nutzung als Bauflächen inkl. der südlichen, bisher ausgesparten Fläche, wird dagegen die für Reutin (Mitte West) zentrale Belüftungsbahn und Kaltluft-Entstehungsfläche vollständig zerstört. Diese Bahn ist durch die Gewerbebauten am Fuß des Schönbühl und die jüngere Bebauung auf der Hasenbank an einer Engstelle bereits erheblich beeinträchtigt. Die in der aktuellen Planung vorgesehene Frischluftschneise entlang des Hammerwegs ist viel zu schmal, um einen nennenswerten Kaltluftabfluss

PETER TRILOFF ► „BUNTE‘ Wahlempfehlungen sind eigentlich überflüssig. CDU/CSU, FDP und SPD sind für mich mit zukunftsfähigem Lebensstil am wenigsten vereinbar, da sie wider besseres Wissen nicht nennenswert über kurzatmige Wirtschaftspolitik hinaus gehandelt haben und das nach der Wahl auch so beibehalten werden.“

ins Zentrum Reutins zu ermöglichen. Sie wird auch aufgrund ihrer leicht nordöstlichen Ausrichtung und der dazu fast rechtwinklig vom Schönbühl kommenden Kaltluft wirkungslos bleiben.



Am Oberen Rothmoos: Noch weht frischer Wind in Reutin

Schlechteres Stadteilklima in Reutin

So muss im Zentrum von Reutin mit einer Verschlechterung des sommerlichen Lokalklimas und verminderter Kühlung gerechnet werden. Aber auch bei der Planung der neuen Feuerwehr im Heuried wird eine für die Entstehung von Kaltluft wichtige Fläche versiegelt und in eine sommerliche Heizung verwandelt. Durch die in beiden Fällen offensichtliche Diskrepanz zwischen den Ergebnissen des seit 5 Jahren vorliegenden Gutachtens zur Stadt-Belüftung und den aktuellen Planungen wird deutlich, dass Rahmenbedingungen und selbst auferlegte Regeln keine Rolle mehr spielen, wenn es um die Durchsetzung von Bauvorhaben geht. Andernfalls hätte im Oberen Rothmoos die Planung zu einem anderen Ergebnis kommen müssen und auf keinen Fall auch noch die südliche Fläche in das weitere Verfahren mit aufgenommen werden dürfen. Für die Feuerwehr hätte eine andere, unkritische Fläche gesucht werden müssen.

Aber statt die Planungen an den Messungen auszurichten, werden kurzerhand vorhandenen Straßen zur „Frischluftschneise“ erklärt und Ersatzpflanzungen zu

Rettern des Lokalklimas erkoren. So werden letztlich willkürliche und nicht zukunftsfähige Planungen umgesetzt und besorgten Bürgern wird suggeriert, dass das „klimatische Gemeinwohl“ damit berücksichtigt sei oder durch die Baumaßnahmen sogar verbessert würde.

PETER TRILOFF

UWE PESCHKA ► „Ich möchte mit meiner Stimme die ökologisch denkenden und lokal handelnden Kräfte unterstützen – die Auswahl ist leider nicht (mehr) groß.“

Impressum

Vi.S.d.P.: KarlHeinz Brombeis, Hasenweidweg 31, 88131 Lindau (B)
 Auflage: 12.000 Exemplare
 Redaktion: KarlHeinz Brombeis, Uwe Peschka
 Produktion: Druckwerk Süd, Wangen
 erhältlich bei: Lothar Höfler, Tel. 0172 8309 248

www.bunteliste.de